Gemeinsam gegen Ausgrenzung, Homophobie, Transphobie!

Christopher Street
Day 2011

Die Situation von Lesben, Schwulen und Transsexuellen ist heutzutage leider immer noch prekär. Unsere ach so aufgeklärte Gesellschaft reagiert auf sie mit Ausgrenzung, täglich sind sie von Diskriminierung und Repression betroffen, egal ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf der Straße. In vielen Ländern gipfelt dies sogar in regelrechten Hetzjagden auf Homosexuelle. Ausgrenzung und Diskriminierung waren und sind immer noch ein beliebtes Mittel der Herrschenden zur Spaltung der unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Eine echte Befreiung von Sexismus und Homophobie jeglicher Art kann deshalb nur in einer klassenlosen, vom kapitalistischen System befreiten Gesellschaft gewährleistet werden.

Deshalb sind wir von REVOLUTION:

- gegen jede Form von Homo- und Transphobie
- gegen Heteronormativität
- gegen Sexismus
- für die Revolution

Stuttgart 21 – Wo steht die

Bewegung?

Bereits seit mehreren Monaten (genauer seit der Landtagswahl ende März) kann man sagen,dass die Protestbewegung gegen Stuttgart 21 am „dahin dümpeln“ ist. Die großen Mobilisierungen,die zehntausende gegen das Spekulations- und Immobilienprojekt des DB-Konzerns auf die Straßen brachten,blieben seither aus.

Warum sind nur noch so wenige auf den Straßen?

Das liegt zum einen daran,dass die „großen“ Provokationen ausgeblieben sind, wie es sie zum Beispiel am 30.09. letzten Jahres gab, als die Schwarz-Gelbe Regierung unter Mappus mit massiver Gewalt gegen die Demonstrant_innen vorging. Lediglich durch die „Erstürmung“ des Grundwassermanagements, die Ende Juni stattfand, konnten mehrere tausend Leute zu einer Massenaktion gebracht werden.Nach dem Abriss des Nordflügels am Hauptbahnhof im letzten Sommer gingen bei der kurz danach stattfindenden Demonstration circa 65´000 – 70´000 Leute auf die Straße.

Der andere, weitaus schwerwiegendere Grund, aber ist, dass seitens des K21-Bündnis jegliche Mobilisierung zu Demonstrationen oder Aktionen weitgehend ausbleibt. Das Bündnis, dass sich sehr stark auf das Kleinbürgertum fixiert und in dem politische Kräfte, wie die Grünen dominieren ist nicht an einer weitergehenden Selbstorganisation, geschweige denn einer Ausweitung des Protestes interessiert! Selbst zu radikaleren Aktionen aufzurufen, wie Besetzungen oder Streiks, und, was noch viel wichtiger ist, sich mit denen zu solidarisieren, die einer massiven Repression und Hetzkampagne seitens der bürgerlichen Medien ausgesetzt sind, davon will man im K21-Bündnis nichts wissen. Dafür ist das Bündnis sofort an vorderster Front mit dabei, wenn es um die Distanzierung von „gewalttätigen“ Demonstrant_innen geht. Das führt dazu, dass viele verunsichert sind und nicht mehr genau wissen, wie sie weiter machen sollen.

Die Rolle der Grünen..

Die Grünen, vor der Landtagswahl noch stärkste Kraft im K21-Bündnis, konzentrieren sich nun vor allem darauf, einen möglichst guten Eindruck (bei den Kapitalist_innen) als führende Partei in der Landesregierung zu hinterlassen. Die Grünen sind zwar nach wie vor offiziell gegen S21, allerdings tendiert ihr Koalitionspartner, die SPD, eher dazu für S21 zu sein. In einem sind sie sich aber garantiert sicher. Sie distanzieren sich geschlossen von Aktionen, wenn diese den „Aktionskonsens" der Bewegung überschreiten, der von bürgerlichen Führer_innen undemokratisch festgelegt wurde!

Genau hierin liegt das Problem, weswegen sich viele unsicher sind und nicht wissen, was zu tun ist. Dazu kommt dann noch die Tatsache, dass es keine demokratisch gewählte Führung in der Protestbewegung gibt. Hier haben sich die Grünen an die Spitze gestellt und verteidigen ihren Führungsanspruch. Es ist dieser Führungsanspruch einer offen bürgerlichen Partei, die lieber schlichtet, als den Konflikt zugunsten der Protestierenden zuzuspitzen, die lieber laviert als mobilisiert, der die Protestbewegung in den Abgrund stürzt.

Was sagt uns der Stresstest...

Vor kurzem wurde der, bei der Schlichtung vereinbarte, Stresstest veröffentlicht. Und, welch Wunder – Stuttgart 21 hat den Stresstest gewonnen. In Wirklichkeit ist diese Tatsache natürlich kein Wunder, konnte die Bahn doch quasi bestimmen, welche Kriterien in dem Stresstest gewertet werden würden. Ganz davon abgesehen, ist die DB einer der wichtigsten Auftraggeber der SMA, dem Institut, dass Stuttgart 21 „getestet" hat.

Aber auch von dem jetzigen Ergebnis des Stresstestes abgesehen, war es von Vornherein eine Illusion zu glauben, dass dieser zu Gunsten der Bewegung ausgehen könnte. Einerseits lag offen auf der Hand, wer Inhalt und Ablauf dieses „Testes" kontrollieren würde, nämlich die deutsche Bahn gemeinsam mit dem Filz der staatlichen Bürokratie, und nicht die Bewegung. Zweitens war bereits vor dem Test allgemein bekannt, welche Vor- und Nachzüge

Stuttgart 21 haben würde. Der Test also objektiv völlig unnötig. Jeder der in Stuttgart war und sich auf der Straße mit den Menschen unterhielt, konnte bestätigen, dass dort ein bei weitem größeres Wissen über Stuttgart 21 und die Zusammenhänge vorherrschte, als bei irgendwelchen schweizerischen Testern oder heuchlerischen Bundespolitikern, die nun Urteile fällen und Statements abgeben.

Der Stresstest war also von vornherein eine Farce und ein billiges Spielchen, dass mit der Bewegung geführt wurde. Ein Spielchen, auf das sich die Führung und speziell die Grünen bereitwillig einließen. Wir erinnern uns, mit welcher Freude das K21-Bündnis die Gesprächsangebote von Geißler und Mappus annahmen, um mit diesen „auf Augenhöhe verhandeln" zu können. Wir erinnern uns aber vor allem daran, welchen Zusammenbruch die Bewegung miterleben musste, ab dem Tag, als die Verhandlungen begannen.

...und die Volksabstimmung?

Nun setzen die selbsternannten Führer auf ein „neues Pferd". Die Volksabstimmung!

Doch auch hier ist Vorsicht geraten. Es ist nicht klar, wie eine solche Abstimmung ausgehen mag. Denn wer bestimmt über Formulierungen und Ablauf dieser Abstimmungen? Es ist der bürgerliche Staat und über ihn die DB, die Aktionäre und Immobilienspekulanten, die an S21 verdienen wollen.

Aber auch die Presse hat ihr wahres Gesicht in den letzten Monaten zeigen können. Es ist naiv anzunehmen, man könne einfach durch „die besseren Argumente" gegen die bürgerlichen Medien und eine vom Kapital breit angelegte Kampagne gewinnen.

Und selbst wenn eine Volksabstimmung Erfolg haben sollte, ist das keine hundertprozentige Garantie für den Stopp von S21. DB und Konsorten haben vor keiner noch so widerlichen Trickserei und Notfalls auch vor dem Knüppel nicht zurückgeschreckt. Auch das musste die Bewegung schmerzlich zu spüren bekommen.

Wie kann S21 doch noch gestoppt werden?

Mittlerweile hat sich eine seltsame Mischung aus Vertrauen in die Grünen als Regierungspartei und Demoralisierung, bei den von den Grünen desillusionierten, in der Bewegung breit gemacht. Die momentane Bewegung wird den Bau von S21 oder S21 Plus nicht aufhalten können.

Doch in ihr schlummert das Potential S21 zu stürzen. 2010 haben wir riesige Mobilisierungen und zehntausende auf den Straßen gesehen, die Schwarz-Gelb mächtig druck machten. Doch genau hier liegt das Problem! Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führer_innen der Bewegung, wollten uns weiß machen, dass „Druck" allein genügen würde, um das „Gewissen" der „Herrn da oben" zu erweichen. Das war offensichtlich ein Trugschluss.

Was die Bewegung braucht ist natürlich eine erneute Ausdehnung der Mobilisierung. Massenproteste und groß angelegte Aktionen. Diese dürfen aber nicht an dem so genannten „Aktionskonsens" halt machen. Die Bewegung darf sich nicht an dem Gejammer der Grünen aufhalten, die besorgt sind, weil das Grundwassermanagement demoliert wurde oder weil ein Bahnhofsteil besetzt wird.

Auch Besetzungen und Streiks sind nötige Mittel, um aus dem Protest einen wahren Widerstand gegen S21 zu machen. Um solche Aktionen zu bewerkstelligen ist es aber unerlässlich, dass die Bewegung sich endlich demokratische und transparente Strukturen gibt, die in erster Linie Aktionen gegen S21 planen, darüber hinaus aber auch die politischen Perspektiven des Widerstandes offen diskutieren. Solche Strukturen müssen die Führer_innen der Bewegung aus ihren Reihen demokratisch wählen und nicht von oben vorgesetzt bekommen!

Die einzige reale Kraft, die dazu in der Lage wäre eben genannte Aktionen durchzuführen und die auch dazu Willens wäre, ist die Arbeiterklasse. Sie kann dem Protest gegen S21 neuen Aufschwung zu geben. Doch diese wird momentan von der Gewerkschaftsbürokratie, der SPD und den Führer_innen der Bewegung nicht in den Protest miteinbezogen,sondern vielmehr draußen gehalten. Wenn die Arbeiter_Innen gemeinsam mit den Jugendlichen zusammen eine Aktion, wie eine Blockade, gemeinsam organisieren und durchführen würden, würde das nicht nur die Solidarität stärken, sondern

auch zeigen, dass noch „leben“ in der Protestbewegung steckt.

Aber um das zu bewerkstelligen ist eine gemeinsame Koordinierung unabdingbar. Es ist wichtig, dass der Kampf gegen S21 mit anderen Kämpfen verbunden wird, wie beispielsweise Bildungsprotesten oder Tarifkämpfen. Es ist genauso wichtig auch Sozialproteste und die Anti-Atom-Bewegung miteinzubeziehen, denn S21 und alles andere aufgezählte haben eine gemeinsame Ursache, den Kapitalismus!

Nur eine revolutionäre Perspektive, die diesen Umstand begreift ist im Endeffekt dazu in der Lage eine Bewegung aufzubauen, deren Strukturen, Aktionen und Zielsetzung in sich schlüssig, demokratisch und im Interesse der Basis sind.

Amy Winehouse: 1983-2011

16:00 Uhr. 23. Juli 2011. Der Rettungsdienst wird gerufen, um in eine Wohnstraße in Camden im Norden Londons zu fahren. Berichte über den Tod einer 27-jährigen Frau füllen die Kommunikationswege.Amy Winehouse wurde tot aufgefunden – allein, in ihrem Zuhause. Innerhalb weniger Minuten verbreitet sich die Nachricht in allen sozialen Netzwerken und auf jedem Medienportal. Kurz darauf veröffentlicht die Londoner Polizei eine Erklärung, in der sie verlauten läßt, dass ihr Tod vor der Autopsie „unerklärlich“ sei. Doch ist der ganze Fall so unerklärlich?

Während die genaue Todesursache in diesen frühen Tagen unsicher war, eine Sache war sicher. Abgesehen von den Welt-Tourneen und Album-Verkäufen, war Amy Winehouse zum Zeitpunkt ihres Todes ein weiterer einsamer Statist; ein Opfer, sowohl der bestehenden Musikindustrie, als auch der Drogenkultur.

Das 21. Jahrhundert brachte keine musikalische Revolution. In den ersten

zehn Jahren erreichte der gekünstelte Pop seinen Höhepunkt (oder besser Tiefpunkt), mit inszenierten Künstlern, die den nächsten Trend der musikalischen Mode setzten und einer Verstärkung der Saisonellen Schwankungen in Frauenunterdrückung, durch die offene Vermarktung von Sexismus – mal durch einen etwas kürzeren Rock, mal durch einen etwas tieferen Ausschnitt, vielleicht sogar durch das Entfernen des Materials am rechten oder linken Arm…

Im Gegensatz zu diesen anderen „gekünstelten" Künstlern, schrieb Amy ihre eigenen Songs, was eine Rarität heutzutage ist. Durch das Beharren darauf ihre eigene Erscheinung selbst bestimmen zu können, machte sie das Unmodische modisch und zog eine Reihe von Nachahmern mit sich.

Sie wählte den Weg einer Sängerin. Von jung an war dies ihre Berufung!

Sie wollte nicht als drogenabhängiger Paparazzi Magnet dargestellt werden, so wie es die britischen und internationalen Medien taten. Wie immer, wenn die Medien die Person hervorheben und nicht die Musik, waren es die Drogen, die die Schlagzeilen machten und nicht ihre Performance.

Ein vergeudetes junges Leben ist immer eine Tragödie, und wie so viele Male zuvor, haben uns die Medien zu Zeugen werden lassen, wie das langwierige Spektakel von Ausbeutung, Misshandlung und gefühlloser Geschäftemacherei in einem einem traurigen Tod endet.

Im Juni, am Anfang eine europaweiten Tour, trat Amy auf dem „Festungs Festival" in Serbien auf. Sie nuschelte und erschien betrunken oder bekifft auf der Bühne. Die Menge verhöhnte sie und sie von der Bühne gebuht.

Ihr Management sagte dann den Rest der Tour ab. Angesichts ihres anhaltenden Kampfes mit ihrer Sucht und psychischen Problemen, stellt sich die Frage, warum sie überhaupt auftreten sollte?

Die finanzielle Beteiligung an Konzerten ist ein offensichtlicher Anreiz für Manager und Labels, so viel Showtime, wie möglich aus dem Künstler zu pressen. Das Hin- und Her zwischen unzureichenden Rehabilitationsprogrammen und dem intensiven Leistungsdruck, konnte nur

eines für jemanden in Amys Gesundheitszustand zur Folge haben.

Amy Winehouse tritt dem so genannten 27er Klub neben Jimi Hendrix, Brian Jones, Jim Morrison, Kurt Cobain und Janis Joplin bei. Alle, starben im Alter von 27 und alle waren Opfer des Drucks, der als Standard auf den höchsten Ebenen der Musikindustrie gilt.

Obwohl Amy Winehouse eines frühen Tod starb, kann ihr musikalische Wirken auch nach ihrem Tod weiterleben. Doch ebenso wird die typische Hysterie in der rechtsgerichteten Presse einen Aufschwung sehen, der gegen Drogen und die Jugend- und Musikkultur im allgemeinen Hetzt. Das alles wird mit der Forderung verschiedenster Politiker und Hilfsorganisationen nach einem schärferen Vorgehen verbunden sein.

In Wirklichkeit war Amy ein Opfer des so genannten „Krieges gegen Drogen“, der die Benutzer kriminalisiert, Hilfsprogramme in den Schatten stellt und die Profite der Drogenkartelle und Waffenindustrie, die dahinterstehen verschweigt.

Abgesehen von dem offensichtlichen Punkt, das die Legalisierung der Drogen-Industrie größere Qualitätskontrollen erlauben würde, würde der Verkauf von Drogen zur Finanzierung der Prostitution, des Terrorismus und großer krimineller Unternehmen enorm eingedämmt werden. Eine qualitativ hochwertige und kostenlose Information für diejenigen, die sie brauchen, was zu einer besser informierten, gesünderen Drogenkultur führen würde ist das was wir brauchen.

Letztendlich, war dies kein Beispiel dafür, dass Drogen verboten gehören, sondern eine Demonstration dafür, dass die Drogenpolitik unserer Regierungen nicht funktioniert. Der Drogenkonsum in einem illegalen, unregulierten Markt wird jeden töten, reich oder arm, früher oder später.

Rehabilitation funktioniert nicht immer, sicherlich, aber Kriminalisierung wird junge Menschen nur weitaus schneller zum Leichenbestatter bringen. Immerhin ist es nicht die Droge, die Abhängig macht, sondern die Suche nach einer Erfüllung, die uns diese kranke Gesellschaft nicht geben kann.

Die Praxis der Leiharbeit – Bericht eines jungen Leiharbeiters

Da ich als 18jähriger mit Realschul-Abschluss von der Arbeitsagentur Esslingen keinerlei Ausbildungs- oder regulären Arbeitsplatz angeboten bekam, begann ich Mitte Februar eine Beschäftigung bei „persona Service GmbH & Co.KG“ in Esslingen am Neckar, also einer Leiharbeits- bzw. Zeitarbeitsfirma als „ungelernte Arbeitskraft“.
Mein Stunden-Entgelt betrug 7,75 € auf Basis einer 35 Stunden-Woche. Das bedeutet, dass ich monatlich maximal zwischen 1.085 und 1.193 € Brutto erreichen konnte.

Sklavenjob, Überausbeutung und Betrügereien

Es ist allgemein bekannt, dass für LeiharbeiterInnen in allen Bereichen schlechtere Bedingungen als für reguläre Arbeitsverhältnisse üblich sind: z.B. Urlaubsgeld (maximal 150 €), keine bzw. niedrigere Spät- und Nachtzulagen, deutlich weniger Urlaub usw. Dazu in meinem Fall ständig wechselnde Einsätze in einem weiten Umkreis, häufig auch körperlich schwere und sehr belastende Arbeit. Alles in allem ein Sklavenjob.

Meine Tätigkeit war vielseitig. Das klingt gut, bedeutet jedoch praktisch gerade das Gegenteil. Ich wurde ständig auf wechselnden Stellen eingesetzt: mal zum Maschinen-Putzen in einem Maschinenbau-Betrieb, dann zur Akkordarbeit (ohne Akkordzuschlag) an einer Verpackungsmaschine bei einem Lebensmittelhersteller, dann wieder als Hilfskraft bei Umzügen, dann Spätschicht (ohne Spätschichtzuschlag) in einem Metallbetrieb usw. Jedesmal jedoch war ich immer nur wenige Tage bei demselben Entleiher eingesetzt, bis dann der nächste „Einsatz“ kam.

Häufig kam es vor, dass „persona service“ gar keinen Einsatz für mich hatte. Dann sagte man mir jedesmal, ich solle mich bereit halten, man würde sich bei mir melden, sobald man wieder einen Einsatz für mich hätte. Laut Arbeitsvertrag hätte mich „persona service“ dennoch bezahlen müssen, da ja nicht ich für die Ausfallzeit verantwortlich war.

„Unentschuldigtes Fehlen“

Telefonisch und persönlich war ich immer erreichbar und einsatzbereit. Mein Handy war rund um die Uhr eingeschaltet. Zusätzlich meldete ich mich immer wieder telefonisch im Büro von „persona service“ und fragte, ob es eine Arbeit für mich gäbe. An jeweils 5 Tagen im Februar und im März sowie an 8 Tagen im April sagte man mir jedoch, sie hätten gerade keine Arbeit, ich solle mich jedoch bereit halten.

Tatsächlich verbuchte „persona service“ diese Tage jedoch als „Unentschuldigtes Fehlen“.

Ein weitgehend unbekanntes, aber bedeutendes Problem für LeiharbeiterInnen ist, dass immer gleichzeitig zwei „Arbeitgeber“ zuständig sind: Verleih- und Entleihbetrieb. Das bedeutet z.B., dass es schwierig ist, jemanden zu finden, der einem die Entgeltabrechnungen erklären kann. Allerdings habe ich auch nicht damit gerechnet, dass die Abrechnungen meiner Verleiher-Firma auf meine Kosten so falsch sein könnten.

Die Entgeltabrechnungen kamen immer erst zum Ende des nachfolgenden Monats. Die Februar-Abrechnung erhielt ich z.B. erst Ende März, die März-Abrechnung dann Ende April usw. Der Vormonat war deshalb in der Erinnerung kaum mehr present.

Für mich waren die Abrechnungen außerdem ziemlich unverständlich. Mein Problem war jedoch, dass ich leider meinem Arbeit“geber“ bei den Zahlenkolonnen vertraute – was dieser schamlos ausnutzte.

Vermutlich behauptet „persona service“, ich hätte tatsächlich unentschuldigt gefehlt. Dann müsste „persona service“ jedoch diejenigen Betriebe und die Arbeitsplätze mit den exakten Tagen nennen können, bei denen ich angeblich

„unentschuldigt“ nicht zur Arbeit erschienen sein soll! Für „persona service“ müsste dies ein Leichtes sein, denn jeder Personaleinsatz wird mit dem Entleiher schließlich exakt abgerechnet. Fehlzeiten müssten dann auch dokumentiert sein.

Außerdem: Weshalb bekam ich nicht sofort beim ersten Mal „unentschuldigten Fehlens“ irgendwelche Konsequenzen zu spüren – noch nicht mal eine Abmahnung?!

Was geschieht denn üblicherweise mit einem Arbeit“nehmer“, der bereits in den ersten 3 Monaten seiner Beschäftigung dermaßen häufig „unentschuldigt“ fehlt!? Es gibt genügend Fälle, bei denen selbst entschuldigtes Fehlen während der Probezeit zur sofortigen Kündigung führt. Was dann erst bei „unentschuldigtem“ Fehlen?

Ich behaupte: LeiharbeiterInnen sind Beschäftigte zweiter Klasse. Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind deutlich schlechter als in regulären Arbeitsverhältnissen. Die Not von Leiharbeitern wird besonders von den Personalagenturen schamlos ausgenutzt – selbst dann, wenn die Arbeitsverträge und die Bezahlung korrekt eingehalten werden. Was aber, wenn auf Kosten der Leiharbeiter getrickst und betrogen wird? Nicht nur ich empfinde dies persönlich als kriminell!

Vorsätzlicher Betrug gilt normalerweise als Straftat. Allerdings gelten wohl unterschiedliche Maßstäbe dabei, wer wen betrügt. Betrügt z.B. ein abhängig Beschäftigter seinen Arbeit“geber“, drohen ihm schnell Gefängnis, mindestens aber saftige Geldstrafen, in jedem Fall aber die Kündigung – was durchaus den Verlust der Existenzgrundlage bedeuten kann.

Betrügt dagegen ein Arbeit“geber“ seine Leute, droht ihm allerhöchstens die Nachzahlung des eigentlich „korrekten“ Entgelts. Etwas Schlimmeres als vielleicht noch einen Imageverlust braucht insbesondere eine Leiharbeitsfirma ja wohl nicht zu fürchten.

Ich selbst habe, nachdem ich schließlich Ende Mai meine April-Abrechnung mit den dann angeblichen 8 Fehltagen erhielt, umgehend fristlos gekündigt. Denn obwohl ich dadurch kurzfristig ohne Beschäftigung und ohne

Einkommen war, konnte ich unter diesen Bedingungen unmöglich weiterarbeiten.

Meinen vorenthaltenen Arbeitslohn habe ich nachträglich bei „persona service“ eingefordert – erfolglos. Also ging ich zum Arbeitsgericht. Dort wurde für mich ein „Gerichtliches Mahnschreiben“ aufgesetzt, wogegen „persona service“ jedoch Widerspruch einlegte. Also verfasste ich ein Klageschreiben.

Am 26. August 2011 um 10:30 ist „Gütetermin“ beim Arbeitsgericht Stuttgart.

Der Termin ist öffentlich. Ich hoffe, dass viele UnterstützerInnen kommen!

Ich weiß nicht, ob ich ein Einzelfall bin – für mich persönlich ist dies letztendlich egal. Was ich jedoch erreichen will, ist neben der Nachzahlung meines ausstehenden Lohnes, dass die Vorgehensweisen von Leiharbeitsfirmen wie „persona service“ öffentlich bekannt werden. Denn solchen Methoden, sich auf Kosten der Schwächsten am Arbeitsmarkt zusätzlich zu bereichern, sind das Letzte!

Mein persönlicher Fall bestätigt jedoch meine Meinung zutiefst: Leiharbeit gehört generell abgeschafft und verboten!

Rechter Terror in Norwegen – Wut zu Widerstand!

Wer in den letzten Tagen die Nachrichten geschaut hat, der war sicher nicht nur schockiert, sondern auch erstaunt darüber, wie zögerlich sich die Medien an den politischen Hintergrund des Täters wagten. Doch stellen wir noch einmal dar, was passierte, bevor wir uns genau dieser Frage widmen…

Was geschah am 22. Juli?

Um 15:26 Uhr explodierte im Osloer Regierungsviertel eine Autobombe, die mindestens sieben Menschen tötete. Die Wucht der Detonation war so gewaltig, dass sie die umliegenden Gebäude im Umkreis von 200 Metern stark beschädigte, noch im 10. Stock des Gebäudes davor zersplitterten die Fensterscheiben. Erste Nachrichtensender berichteten und rätselten, ob Al Quaida wieder zugeschlagen habe.

Doch das Grauen ging weiter. Um 17:30 Uhr eröffnet der als Polizist verkleidete Schütze Andreas Behring Breivik das Feuer auf die jugendlichen Besucher des sozialdemokratischen Sommerlagers auf der Insel Utøya. Die jungen Sozialdemokrat_innen erwarteten an diesem Abend noch Besuch vom ebenfalls sozialdemokratischen Regierungschef Norwegens. Breivik verschaffte sich unter dem Vorwand, die Sicherheit auf dem Gelände überprüfen zu wollen, Zugang zur Insel, rief die Jugendlichen vor einem Bungalow zusammen und fing dann an zu schießen. Dabei tötete er mindestens 84 weitere Menschen.

Die sozialdemokratische Jugend hatte dem nichts entgegenzusetzen, es gab keine eigene Schutztruppe, mit der sie sich hätten verteidigen können, keine Möglichkeit den Angreifer zurückzuschlagen oder wenigstens aufzuhalten! So hatte Breivik nach Augenzeugenberichten wohl eine Stunde Zeit, um auf der Insel nach Opfern zu suchen und diese kaltblütig zu ermorden, bevor die Polizei ihn schließlich stellte.

Gegen Mitternacht berichteten die ersten Medien, dass es sich bei dem Attentäter wohl um einen jungen norwegischen Mann handele – Al Quaida war aus dem Schneider – erste Vermutungen gingen in Richtung Naziszene, doch genaueres erfuhr man nicht.

Wer ist Breivik und was war sein Motiv?

Wie mittlerweile klargeworden ist, handelt es sich bei dem 32-Jährigem Breivik um einen Faschisten. Doch was heißt das genau? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, da neben seiner offen rechten Gesinnung noch eine andere Variable in das Anschlagsmotiv hineinspielt. Breivik ist ein geistig verrohter Fanatiker, der dazu bereit war über alle Maßen kaltblütig zu Morden, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Frage, wie sein weiteres Leben dadurch beeinflusst würde.

So bereitete sich der als Bio-Bauer Tätige nach eigener Aussage neun Jahre auf diesen Anschlag vor. Im Internet verbreitete Breivik sein seltsames Weltbild, dass aus einer

Mischung von Antikommunismus, Antiislamismus und (west-europäischem) Nationalismus besteht. Gepaart wird dies mit einer guten Portion lächerlicher Verschwörungstheorie – „Marxisten“ hätten seit dem 2. Weltkrieg angeblich sämtliche Fernsehsender und sowieso alle Institutionen, wie z.B. Universitäten und Ministerien unterwandert um „Multikulturalismus zu propagieren, um so die europäische Rasse zu vernichten“. Gemeinsam mit den „kapitalistischen Globalisierern“hätten sie zusammengearbeitet, um die Vereinten Nationen gemeinsam mit den „Moslems“ zu unterwandern.

Diese Art von geistigen Niedrigleistungen, wie man sie nicht einmal von der NPD kennt, zieht sich durch sein gesamtes Video, auch sein Buch, welches den Titel „2083 – Eine europäische Unabhängigkeitserklärung“ trägt und 1516 Seiten umfasst, ist in genau diesem Stil gehalten. Ein gesamtes Kapitel dient der Erklärung, warum es so wichtig sei, Frauen zu töten um politischen Druck aufzubauen – eine seiner Aussagen ist daher auch: Patriarchat statt Matriarchat.

Breivik – ein faschistischer Einzeltäter?

Doch wie ist das alles einzuordnen? Handelt es sich bei Breivik nur um einen irren Einzeltäter, der auf die bösen „kommunistisch-kapitalistisch-muslimischen Verschwörer“ aufmerksam machen will?

Nein, dieser Fehl-Analyse dürfen wir nicht verfallen! Die Anschläge von Norwegen reihen sich in eine ganze Angriffsserie ein, die es in den letzten Monaten in Europa gab. Beispielhaft hierfür sind zum Beispiel die andauernden Brandanschläge auf linke Strukturen und Moscheen in Berlin, die ihre ideologische Vorbereitung in einem Erstarken der rechtspopulistischen, sowie faschistischen Parteien in weiten Teilen Europas finden.

Neben rechtspopulistischen Parteien, wie der „Freiheitspartei“ in Norwegen, den „Wahren Finnen“ in Finnland, „Flaams Belang“ in den Niederlanden, der „FPÖ“ in Österreich und anderen Ländern, ist vor allem das Erstarken von Faschisten in Europa besonders bedrohlich. Diese können vor allem in Ost- und Südeuropa auf immer mehr Anhänger_innen zählen. So kam vor paar Tagen in Ungarn ein weiterer faschistischer

Bürgermeister in „Amt und Ehren“, der der faschistischen Partei „Jobbik“ angehört.

Und genau bei dieser politischen Strömung kreuzen sich die Aussagen von Breivik und die Praxis dieses Packs. Denn die Wahlerfolge der Faschisten und auch der Rechtspopulisten sind vor allem auf folgende Themen zurückzuführen: „Anti-Islamismus“ und eine chauvinistische, nationalistische „Kapitalismuskritik“.

Gerade die Faschisten machen sich das, in der Wirtschaftskrise verarmte, Kleinbürgertum zur Gefolgschaft und versuchen die Leute aufzufangen, die von der Sozialdemokratie bitter enttäuscht worden sind. Sie propagieren eine „starke Nation“ mit „volkszugehörigen“ Einwohnern, die keinem „die Arbeitsplätze klauen und die Kultur kaputt machen“, einer „nationalen Volkswirtschaft“, die unabhängig von den „gierigen imperialistischen amerikanischen Konzernen“ ist und somit Wohlstand für alle bietet. Insbesondere die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, nicht nur die Faschisten zu bekämpfen, sondern die Ursachen ihrer Existenz zu beseitigen, nämlich den Kapitalismus und seine Krisen, bereitet also den Nährboden für die Ideologie der Rechten, für die Ideologie Breiviks.

Wut zu Widerstand – gemeinsam gegen die Faschisten kämpfen!

Es ist genau diese Unfähigkeit der Führung von Sozialdemokratie, sowie von Linksreformisten, die wissentlich und vorsätzlich nichts tun, um einen effektiven antifaschistischen Kampf zu führen, der wir entgegentreten müssen. Was wir brauchen sind Selbstverteidigungskomitees in unseren Bezirken und Dörfern, die gegen Faschisten und Leute wie Breivik vorgehen können.Diese dürfen sich nicht nur aus selbst ernannten „radikalen Antifaschist_innen“ zusammensetzen, sondern vor allem aus Arbeiter_innen und einfachen Lohnabhängigen und Jugendlichen, die bereit dazu sind sich den Faschisten in den Weg zu stellen. Auf die Polizei, auf den bürgerlichen Staat können wir uns dabei nicht verlassen. Er wird lieber sein Gewaltmonopol, im Notfall auch die Faschisten schützen, anstatt Selbstorganisation von Arbeiter_innen und Jugendlichen zuzulassen!

In diesem Kampf ist es wichtig eine möglichst hohe Einheit in der Aktion zu gewährleisten!

Sei es in einem Bezirk, wo regelmäßig Faschisten die Straßen unsicher machen oder zum

Beispiel bei Aufmärschen der Faschisten – alle Organisationen der Arbeiterklasse, einschließlich der reformistischen, linker Jugendverbände, Migrant_innenorganisationen und weiterer Bedrohter müssen Seite an Seite in der Aktion gegen die Faschisten Kämpfen.

Revolutionärer Antifaschismus – die einzig konsequente Antwort!

Eines ist jedoch für uns als Revolutionäre klar. Auch wenn wir die Sozialdemokratie zur gemeinsamen Aktion aufrufen, sind wir uns klar, dass ihre Führung uns und ihre eigene Basis im Kampf verraten wird. Letztlich kann nur eine revolutionäre Partei, gemeinsam mit einer revolutionären Jugendorganisation, den bürgerlichen Staat zerschlagen und den Faschisten, wie den Kapitalisten ein für alle Mal den Boden entziehen, auf dem sie stehen.

Wir trauern um die gestorbenen Jugendlichen, Freunde, Genoss_innen Doch nur zu trauern, wird ihnen nicht die Gerechtigkeit verschaffen, die sie verdienen. Lasst uns gemeinsam die Faschisten bekämpfen!

REVOLUTION blockierte in Dresden

Smash Fascism – Fight Capitalism!

Wenn ihr euch für unsere Faschismusanalyse interessiert und mehr Info´s wollt, wie man gegen ihn kämpfen kann, dann geht doch einfach mal auf:

http://www.onesolutionrevolution.de/?p=396

Informationen über Breiviks eigene Position könnt ihr finden unter:

http://www.disclose.tv/action/viewvideo/75977/Video_Made_by_Norway_Suspect__Knights_Templar_2083/

Neustart für Bildungsproteste – Bericht über die Schulstreikkonferenz in Köln

Die Schulstreikkonferenz in Köln, die vom 16. bis zum 17.7 stattgefunden hat und zu der mehrere, in der Bildungsbewegung aktive Gruppen und Organisationen aus NRW eingeladen hatten, war ein erster Schritt für den Aufbau einer neuen kämpferischen Bildungsstreikbewegung.

Anwesend waren ca. 70 Aktivist_innen, ein Drittel davon war bundesweit angereist. Somit waren außerhalb von NRW, Vertreter_innen von Bündnissen und Organisationen aus Kiel, Nürnberg, Berlin, Hamburg, Mainz und Stuttgart anwesend.

In den Workshopphasen fand ein Austausch von Erfahrungen zwischen den einzelnen Städten statt. Außerdem gab es eine gut besuchte Diskussion zu der Frage einer antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreik, in der Aktivist_innen von allen teilnehmenden Gruppen und Organisationen anwesend waren.

Anschließend ging es um die Frage der Perspektive des Bildungsstreiks, um die eine Interessante Diskussion entstand. Dank des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen, einigte man sich auf den 17.11 als bundesweiten Bildungsstreiktag. Darüber hinaus entschied man, dass es im Vorfeld verschiedene Mobilisierungs- und Streikaktionen geben soll.

Um dies zu organisieren und die Bewegung zu verbreitern, wird es Anfang September eine Schüler_innen, Student_innen und Azubis umfassende Bildungsstreikkonferenz in Berlin bzw. Darmstadt geben.

Auf dieser Grundlage wurden am nächsten Tag zwei Papiere verabschiedet. Bei dem ersten Papier, war die Grundlage die Resolution vom Berliner

Bündnis „Bildungsblockaden einreißen!“, die konkrete Schritte für den Aufbau einer neuen Bildungsbewegung nannte und eine politische Perspektive für die zukünftige Praxis beschrieb. Das andere Papier wurde von der Vorbereitungskonferenz erarbeitet und soll nun als Aufruf und Mobilisierungstext genutzt werden.

Allerdings kritisieren wir das verhalten der SDAJ, die die größte Kraft auf der Konferenz war.

So hatte sie, gegen die Forderung nach massiver Besteuerung der Reichen und Beendigung der Privatisierung an Schulen gestimmt, die somit abgelehnt wurden. Außerdem setzen sie eine Streichung aller Forderungen, die in der Berliner Resolution formuliert waren durch, welche als Orientierung für die regionalen Bildungsbündnisse gedacht waren. Darunter waren wichtige Forderungen nach selbstbestimmter Organisation des Bildungssystems durch Lernende, Lehrer_Innen und Eltern, sowie, dass die Banken und Kapitalist_Innen die materiellen Forderungen der Bewegung bezahlen sollen. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass solche Forderungen nicht „niederschwellig“ genug für die Bewegung wären. Ein sehr bezeichnender Akt für die SDAJ, die sich selbst sozialistisch und revolutionär nennt.

Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass die Schulstreikkonferenz ein erstes wichtiges bundesweites Zusammenkommen von jugendlichen Aktivist_innen, einer neu entstehenden Bildungsstreikbewegung, war. Es fand ein notwendiger Austausch zwischen einzelnen Organisationen und Städten statt. Die Beschlüsse die gefasst wurden, werden jetzt in die regionalen Bündnisse, und jeweiligen Organisationen getragen und diskutiert. Im August findet in Darmstadt eine bundesweite Student_innenkonferenz statt, auf der die am Wochenende verabschiedeten Papiere von der Schüler_innenbewegung eingebracht werden sollen.

Bildungsproteste im Herbst – Der Kampf muss weitergehen!

Dies hier ist eine Resolution, die wir auf der Schulstreikkonferenz vom 16.-17.07.2011 in Köln einbringen werden. Das Ziel dieser Resolution, bei der wir die unteren mit Ziffern gekennzeichneten Punkte, sowie die Forderungen zur Abstimmung auf der Konferenz stellen wollen, ist es, eine Grundlage für erneute Massenmobilisierungen im Herbst für den Bildungsbereich zu legen. Wir bitten alle Einzelpersonen und Organisationen, die diese Resolution unterstützen mit uns in Kontakt zu treten und dafür in der Bildungsbewegung einzutreten.

Resolution für die Schüler_innenkonferenz in Köln

Die vergangenen Bildungsproteste waren die wohl größte Jugendbewegung in Deutschland seit Jahren. Sie mobilisierten Hunderttausende von Schüler_Innen, Student_Innen und vereinzelt Auszubildende. Es wurden Tausende von Jugendlichen politisiert. Aber vor allem wurden viele von ihnen klar, dass sie sich erfolgreich für ihre eigenen Interessen kämpferisch einsetzen können.
Trotzdem konnte die Bewegung nur wenige ihrer Forderungen umsetzen. Die Mobilisierungskraft stagnierte und schließlich wurde der Bildungsstreik von vielen Organisationen und Gruppen für tot erklärt.
Für diese Stagnation sind nach unserer Ansicht unter anderem folgende politische Fehler verantwortlich, die in den letzten Jahren in der Bewegung gemacht wurden. Diese sind:

- Das Fehlen einer politischen Perspektive für die Bewegung, die über eintägige Aktionen hinausging.
- Die fehlende Initiative der großen Organisationen und Gruppen, sowie das Versagen der gesamten Bewegung, eine verbindliche und transparente Struktur für den Protest zu schaffen.
- Der Verzicht auf eine breit angelegte Basisarbeit in Schulen, Unis und Betrieben, verbunden mit dem Aufbau von Streikkomitees, um

die Bewegung zu verbreitern und handlungsfähiger zu machen.
- Die Festlegung auf das intransparente und undemokratische Konsensprinzip bei Entscheidungsfindungsprozessen und das Missverständnis, das eine Bewegung natürlich möglichst breite Einheit in der Aktion, aber vollste Freiheit in der Diskussion haben sollte. Und das beides zugleich möglich sein kann.

Deshalb schlagen wir als Perspektive für den Aufbau einer neuen Bildungsbewegung folgende konkrete Punkte vor:

1. Die Konferenzen, so wie die gesamte Bewegung, müssen auf Grundlage von Aktionseinheit und Mehrheitsentscheidungen, die aber Minderheiten das Recht einräumen ihre politischen Positionen und Forderungen nach außen vertreten zu können, strukturiert sein.

2. Die großen Jugendorganisationen JUSOS/'solid/SDS sowie Gewerkschaftsjugendverbände müssen dazu gebracht werden für einen konkreten Termin im Herbst zu mobilisieren.

3. Dazu muss ein fester Termin auf der Schülerstreikkonferenz in Köln beschlossen werden, den diese Konferenz der gesamten Bewegung und zu gewinnenden Bündnispartnern vorschlagen kann und auf dessen Grundlage bereits gewonnene Bündnispartner beginnen können zu arbeiten und zu mobilisieren.

4. Es muss dafür gekämpft werden, dass nicht nur Studenten_Innen und Schüler_Innen in der Bewegung vertreten sind, sondern, dass auch Azubis und Arbeiterinnen, mit in den Widerstand einbezogen werden.

5. Weitergehend muss Anfang September eine Schüler_Innen/Studenten_Innen/Azubis umfassende BS-Konferenz abgehalten werden, um die konkreten Aktionen im Herbst zu planen und um die einzelnen Proteste zu vernetzen und zusammenzuführen. Ziel sollte es sein, eine demokratische Bildungsbewegung zu schaffen, die sich selbst (Delegierten-)Strukturen geben kann, die offene, transparente und

zielführende Diskussionen ermöglichen, sowie möglichst breit getragene Aktionen.

6. Es darf nicht dabei bleiben nur symbolische Protesttage abzuhalten, es müssen viel mehr die Anstrengungen darauf gerichtet werden eine Bildungsbewegung durch Basisarbeit in Schulen/Unis/Betrieb, sowie in Bündnissen, aufzubauen.

7. Um die Aktion im Herbst nachzubereiten, sowie weitere Aktionen vorzubereiten und den Protest auszudehnen, fordern wir die Abhaltung einer Konferenz nach den Aktionstagen im Herbst.

8. Um den Bildungsprotesten einen internationalen Charakter zu verleihen, müssen wir uns mit den anderen progressiven Jugendbewegungen und Bildungsprotesten in Europa wie z.B. momentan in Großbritannien, Spanien und Griechenland solidarisieren. Des Weiteren muss versucht werden, Kontakte zu anderen europäischen Protestbewegungen zu knüpfen, um eine Basis für eine spätere internationale Koordinierung von Protesten zu schaffen.

Weitergehend schlagen wir folgende konkrete Forderungen für einen kommenden Bildungsstreik und die Bewegung vor:

- Abschaffung aller Studien-/ Lern-/ Ausbildungsgebühren!
- Studien- und Ausbildungsplätze für alle!
- Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem!
- Weg mit dem G8-Abitur!
- Weg mit den BA/MA Studiengängen!
- Zurücknahme aller Kürzungen und Arbeitszeitverlängerungen im Bildungsbereich!
- Sofortige Neueinstellung von 100.000 Lehrer_Innen bundesweit!
- Sofortige Investition von 40 Milliarden € im Bildungsbereich z.B. für Sanierungen der Schulgebäude und der Einrichtung von Erholungsräumen!
- Für unsere materiellen Forderungen sollen die Reichen, Banken und Großkonzerne bezahlen, nicht die einfache Bevölkerung!

- Prinzipielles Verbot des Betretens von Militär und Polizei oder Sicherheitsdiensten in Bildungseinrichtungen!
- Sicherheit, Transparenz und Organisierung unserer Bewegung durch wähl- und abwählbare Schüler- und Studentenstrukturen!
- Für volles Aktions- und Streikrecht aller Schüler_Innen, Student_Innen, Azubis und Lehrer_Innen!
- Die Lehr- und Bildungsinhalte sollen nicht durch staatliche Bürokratinnen oder die private Wirtschaft bestimmt werden, sondern durch die Lernenden, Lehrenden und die Organisationen, wie Gewerkschaften, die tatsächlich wissen, welches Wissen man braucht, um in einer Gesellschaft zu leben und zu arbeiten.
- Regionale, bundesweite und internationale Koordinierung unseres Kampfes auf Grundlage von rechenschaftspflichtigen und ständig wähl- und abwählbaren Gremien und Vertreter_innen!

Bisherige Unterstützer_innen: REVOLUTION – internationale kommunistische Jugendorganisation,

Außerdem findet ihr unter http://www.onesolutionrevolution.de/?p=1308 einen Aufruf zu einer bundesweiten antikapitalistischen Plattform im Bildungsstreik. Deren Aufgabe es sein sollte, solche kämpferischen Forderungen in die Bildungsbewegung zu tragen und für ihre Umsetzung zu kämpfen.

Weitere Positionen von uns zum Thema Bildungsproteste findet ihr in unserem Aktionsprogramm Bildung, dass ihr euch auch auf unserer Homepage unter http://www.onesolutionrevolution.de/wp-content/uploads/2010/07/Aktionsprogramm_ueberarb.pdf herunterladen könnt.

Generalstreik in Griechenland – Wie kann das Kapital geschlagen werden?

Wiedereinmal traf die Wut der Massen, die Straßen von Athen. Dies drückte sich in einem 48 stündigen Generalstreik gegen die rigide Sparpolitik aus, die das ganze Land bedroht.

Um sich den „Rettungsmaßnahmen“ von EU und IWF zu fügen, stimmte das griechische Parlament über die Annahme eines weiteren Kürzungspaketes ab. Diesmal sollen sich die Kürzungen auf 40.5 Milliarden Dollar belaufen.

Aber ähnlich wie in Irland, scheinen die Sparmaßnahmen keine Wirkung auf das nationale Kredit-rating zu zeigen. Die Ratingagentur Standard&Poor hat Griechenland erst vor Kurzem auf die Kreditwürdigkeit „CCC“ gestuft – die schlechtest mögliche überhaupt – sogar schlechter als Pakistan und Jamaika.

Der Generalstreik, der vom 28-29. Juni andauerte, brachte hunderttausende von Gewerkschafter_innen, Jugendlichen, Familien und Gemeinden auf die Demonstrationen. Doch es ist bereits der 10. Generalstreik dieser Art in Griechenland seit Ausbruch der Krise.

Sicherlich ist das nicht überraschend. Die griechische Wirtschaft ist in heillosem Chaos versunken, Arbeiter_Innen, Jugendliche und die Armen zahlen die Hauptlasten der Krise. Die Arbeitslosigkeit liegt über 15 Prozent, Löhne im öffentlichen Dienst wurden bereits vor den, am 30. Juni beschlossenen, Maßnahmen um 25 Prozent gekürzt. Außerdem wurde die wöchentliche Arbeitszeit massiv erhöht.

Die Wut wächst…

- in allen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft. Von den Protesten berichtend, sagte der „Newsnight“ Moderator Paul Mason, dass die

privaten Medien in Griechenland immer mehr unter ungewohnt harter Kritik für ihre Massenpropaganda stünden, die darauf abzielt den Menschen einzureden, dass Kürzungen und weiteres Elend die einzige Lösung seien.

Die griechische Gesellschaft ist wütend über die „sozialistische“ Regierung Papandreous (die PASOK, aus der sich die Regierung formiert, ist gemeinsam mit Parteien, wie der SPD in der reformistischen zweiten Internationale) die ihr Versprechen gebrochen hat, die Steuern nicht zu erhöhen und weite Gebiete des öffentlichen Dienstes nicht zu privatisieren.

Außerdem sind sie über Länder wie Großbritannien und speziell Deutschland wütend, deren Regierungen die Forderungen nach mehr Sozialkürzungen im Austausch gegen EU „Rettungspakete“ anführen. Trotzdem zeigen die Protestierenden Solidarität mit anderen Anti- Krisen- und Anti-Kürzungs-Bewegungen überall in Europa. Junge Protestler_innen übernehmen die Forderungen der kürzlich entstandenen jugendlichen spanischen Protestbewegung, die Stadtzentren in Zelten besetzte um Arbeitsplätze zu fordern.

Der Kapitalismus bietet keine Lösung

Der Generalstreik zeigt die anhaltende Entschlossenheit der griechischen Jugend und der Arbeiterklasse, gegen die Kürzungen zu kämpfen. Vor allem, weil sie wissen, dass die Alternativen der EU und des IWF das Leben für jeden zur Hölle machen würden. Einer der so genannten „sozialistischen“ Minister ist zurückgetreten, weil er sich weigerte für die Kürzungen zu stimmen.

Allerdings werden manche Fakten überdeutlich. Der offensichtlichste ist, dass eintägige oder befristete Generalstreiks, selbst zehn eintägige Generalstreiks nicht ausreichend sind, um die Attacken in Griechenland zu verlangsamen oder zu stoppen.

Das rührt daher, dass die Krise in Griechenland so schwerwiegend ist, dass die kapitalistischen Lösungsansätze, seien es die der Monetaristen oder die der Keynesianer, einfach nicht die Situation in den Griff bekommen, ohne Millionen von Griechen in absolutes Elend zu stürzen.

Der Griechische Premierminister hat nun aufgrund des Streiks und der gewaltsamen Zusammenstöße seinen Rücktritt angeboten, um einer „Regierung der nationalen Einheit“ den Weg frei zu machen.

Dem Klassenkampf eine Perspektive weisen!

Nun gibt es die absolute Dringlichkeit eines unbegrenzten Generalstreiks: nicht um Verhandlungen zu erzwingen, oder die für die Kürzung Verantwortlichen in der Regierung zu stürzen – dies würde nichts an der Grundlegenden Situation ändern. Sondern um die gesamten kapitalistischen Angriffe niederzuringen, die nationale Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle zu kollektivieren und schlussendlich den Kapitalismus als System an sich zu stürzen.

Doch dafür ist es unerlässlich, dass die klassenkämpferische Linke in Griechenland in eine gemeinsame Diskussion tritt, mit welchem Programm dies bewerkstelligt werden kann. Gerade die zersplitterte Linke in Griechenland wird in der momentanen Verfassung nicht in der Lage sein, die Angriffe des Kapitals zurückzuschlagen, so militant und entschlossen sie auch auf der Straße kämpfen mag.

Diese Aufgabe kann nur eine neuen zu schaffende revolutionäre Partei angehen, die für den Sturz der Regierung, die Beendigung der Sparangriffe und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, zu Gunsten einer Arbeiterregierung, eintritt!

Widerstand in Großbritannien –

Massenstreiks im öffentlichen Dienst

Dieser Artikel, der über den Streik im öffentlichen Sektor in Großbritannien berichtet, an dem sich rund 750´000 beteiligten, wurde mit einigen Aktualisierungen von der Homepage unserer britischen Schwesterorganisation übernommen.

Am 30. Juni traten 750´000 Lehrer_innen, Behördenpersonal und weitere im öffentlichen Dienst Beschäftigte in den Streik, um gegen die Angriffe auf ihre Pensionen zu reagieren. Mit einer zweijährigen Gehaltseinfrierung hatten Millionen von Arbeiter_innen bereits eine Gehaltskürzung von ungefähr zehn Prozent, aufgrund der Inflation. Die so genannte „Rentenreform“ ist in Wahrheit nichts anderes als eine schlecht getarnte Räuberei.

Die Streiks finden statt, weil die Konservativ-Liberale Koalition versucht die Bevölkerung zu zwingen einen größeren Anteil ihrer Löhne in ihre Rentenversicherung einzuzahlen. Aber das zusätzlich gezahlte Geld soll nicht an sie zurückgezahlt werden, wenn sie in Rente gehen.

So sollen zum Beispiel Arbeiter_innen, die 15´000 Pfund im Jahr verdienen, zusätzliche 4´500 Pfund über zehn Jahre bezahlen. Das Geld, das die Regierung dadurch erhält wird in der Realität dann in staatseigene Banken, größere Bomben für Libyen und Afghanistan, sowie für Millionengehälter für zu rettende Kapitalist_innen investiert.

Das ist nicht nur ein Angriff auf Arbeiter_innen im öffentlichen Dienst in Großbritannien, sondern auf die gesamte Arbeiter_innenklasse. Insbesondere Jugendliche sind davon betroffen. Ihre Möglichkeiten zukünftige Gehälter beziehungsweise Anstellungen zu finden werden dadurch erschwert, dass Arbeiter_innen im öffentlichen Dienst länger bleiben müssen, um ihre Rente zu sichern.

Während die Medien versuchen es so darzustellen, als würden die Renten im öffentlichen Dienst mit Gold überzogen sein, ist auch diese Darstellung weit von der Realität entfernt. In Wahrheit bekommen die meisten, von der Regierung angestellten Arbeiter_innen eine Rente von 4´200 Pfund und über 100´000 bekommen weniger als 2´000 Pfund im Jahr. Währenddessen bezahlt die Regierung zweieinhalb mal so viel für Steuerentlastungen für private Renten, als sie das für Renten aus dem öffentlichen Dienst tut. Ein Fakt, der nur noch dadurch verschlimmert wird, dass 60% dieser privaten Renten für Reiche und besser verdienende sind!

Der 30. Juni war der größte bisherige Aktionstag gegen die Kürzungen und Sparangriffe und ist ein gewaltiger Schritt vorwärts für die „Anti-Cut Bewegung“. Jugendliche, Arbeitslose, Rentner_innen, private angestellte Arbeiter_innen, sollten alles, was sie tun können, tun, um die Streiks zu unterstützen. Auch in Zukunft sollten bei solchen Aktionen Spenden für die Streikenden gesammelt werden, sollten Solidaritätsdemonstrationen und -streiks organisiert werden, sowie Streikbrecher bekämpft werden.

Aber wenn die Regierung aus Konservativen und Liberalen tatsächlich gestürzt werden soll, dann muss der Widerstand einen Schritt weiter gehen, als nur eintägige koordinierte Streikaktionen durchzuführen, die von der Regierung ignoriert werden können oder von der Gewerkschaftsbürokratie ausverkauft werden. Was gebraucht wird ist ein Generalstreik, kontrolliert von den Aktivist_innen, einfachen Gewerkschafter_innen und Arbeiter_innen an der Basis, der erst dann aufhört, der erst dann endet, wenn die Kürzungen zurückgezogen wurden und die Regierung gestürzt ist!

REVOLUTION Konferenz – ein

wichtiger Schritt für unsere Organisation!

Die diesjährige REVOLUTION Konferenz fand vom 24.-26 Juni in Berlin statt. Die Konferenz, die unser höchstes Gremium ist und an der alle Mitglieder als Stimmberechtigte teilnehmen können, diskutierte, neben der politischen Lage in Deutschland und der Welt, verschiedene Resolutionen zu den Themen Frauenbefreiung, Betrieb&Gewerkschaftsarbeit, sowie Jugend- und Parteiaufbau. Zudem beschlossen wir ein Statut für unsere Sektion, dass unserer gestiegenen Größe und den zukünftigen Herausforderungen gewachsen ist und ein Aufgabenpapier für das kommende Jahr, das die praktischen Umsetzungen unserer politischen Diskussionen festhält.

Anwesend waren, neben den Mitgliedern unserer Sektion, auch Genoss_innen aus Großbritannien und Österreich, die von den Kämpfen und Erfahrungen in ihren Ländern berichteten. Besonders erfrischend war es viele neue Gesichter zu sehen und neue junge Kommunist_innen kennen zu lernen, ein Zeichen für das Wachstum und die Dynamik unserer Organisation.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Konferenz in diesem Jahr ein wichtiger Schritt war, um die Aufgaben für junge Revolutionär_innen, in der sich vertiefenden Krise des Kapitalismus, zu lösen. In Hinblick auf die internationale Delegiertenkonferenz von REVOLUTION, die diesen Sommer vor unserem internationalen Sommercamp stattfinden wird, sind wir gut auf die Diskussionen vorbereitet.

Vorwärts zu einer neuen Jugendinternationale – Vorwärts zum Aufbau einer neuen kommunistischen 5. Internationale!

One Solution – REVOLUTION!